

Fachbereich / Sachgebiet

**Bürgermeister Daniel Tybussek
Erster Stadtrat Dr. Alexander Krey**

Mühlheim am Main, den 25.03.2020

**Drucksache Nr.:
1126/2016/2021**

Mitteilungsvorlage

Erhebung von Kindergartengebühren und Essensgeldern in der Corona-Krise

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 23. März 2020 auf Antrag des Bürgermeisters und des Ersten Stadtrates folgenden Beschluss gefasst:

„Der Magistrat beschließt für die Dauer der Gültigkeit der Zweiten Verordnung des Landes Hessen zur Bekämpfung des Corona-Virus vom 13. März 2020 in der jeweils gültigen Fassung keine Gebühren für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen und Essengelder zu erheben, sofern laut dieser Verordnung ein Betretungsverbot für die betreuten Kinder besteht.“

Die Gebührenordnung zur Satzung der Stadt Mühlheim am Main über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt sieht ebenso wie die Gebührenordnung zur Satzung der Stadt Mühlheim am Main über die Benutzung des Schulkinderhauses Goethe-Kids, der Kindertagesstätte Kindervilla Basalto, der Schulbetreuung Markwald und der Schulbetreuung Rote-Warte-Kids, jeweils in § 3 Abs. 4, die Pflicht zur Weiterzahlung des Pauschalbetrags auch im Falle einer vorübergehenden Schließung vor.

Dennoch haben der Bürgermeister und der Erste Stadtrat den oben genannten Antrag aus sozialen Gründen in den Magistrat eingebracht. Viele Eltern sehen sich derzeit nicht nur vor der großen Herausforderung, die Betretungsverbote für Betreuungseinrichtungen und Schulen durch die Landesregierung zur Bekämpfung der Corona-Krise kompensieren zu müssen, sondern müssen auch Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit oder gar Jobverlust verkraften. In dieser in der Geschichte der Bundesrepublik nie dagewesenen Situation muss gerade auch die Stadt Mühlheim am Main ihren Beitrag leisten, um die Eltern in einer schwierigen Phase zu unterstützen.

Aufgrund des Beschlusses des Magistrates verzichtet die Stadt deshalb für die Dauer der Gültigkeit der Zweiten Verordnung auf die weitere Erhebung der Gebühren für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen und Essengelder, sofern ein Betretungsverbot besteht. Sobald die Betreuungseinrichtungen wieder in den Normalbetrieb über-

gehen, streben wir auch für bereits gezahlten Beiträge für den Monat März ab Inkrafttreten der Verordnung eine gute Lösung, beispielsweise eine Verrechnung, an. Essengelder erheben wir auch bei den betreuten Kindern nur, wenn in der Einrichtung tatsächlich Essen angeboten wird.

Mit den freien und konfessionellen Trägern in Mühlheim wurde abgesprochen, dass diese wie die Stadt verfahren. Die Stadt wird den aus den Mindereinnahmen resultierenden Verlust im Rahmen der Betriebskostenübernahme ausgleichen.

Rechtlich war der Magistrat in der Lage, in der Notsituation auf die Erhebung zu verzichten. Wir verweisen hierzu auf die juristische Einschätzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, veröffentlicht im Eildienst Nr. 3 vom 19. März 2020, S. 10 f.:

„Damit in der derzeitigen Situation nicht unnötig Gemeindevertretungssitzungen anberaumt werden müssen, halten wir es für zulässig, wenn der Magistrat als Entscheidung der laufenden Verwaltung die Erhebung bzw. Einziehung der Kita-Beiträge zunächst aussetzt bzw. stundet, bis eine entsprechende Entscheidung durch die Gemeindevertretung getroffen worden ist. Insofern besteht eine Zuständigkeit des Gemeindevorstands nach § 66 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 HGO, die Gemeindeabgaben nach den Gesetzen und nach den Beschlüssen der Gemeindevertretung auf die Verpflichteten zu verteilen und ihre Beitreibung zu bewirken sowie die Einkünfte der Gemeinde einzuziehen.“

Wir gehen davon aus, dass angesichts der Krise die Stadtverordnetenversammlung auf eine nachträgliche Erhebung der Gebühren und Essensgelder verzichten wird.

Sollte dies von den Fraktionen anders gesehen werden, bitten wir entsprechend antragsinitiativ zu werden.